

Die professionelle Pflege bedürftiger Menschen ist ein erfüllender und abwechslungsreicher Beruf mit sicheren Zukunftsperspektiven. Anderen dabei zu helfen, im Alter möglichst selbstbestimmt und mobil zu sein, ist eine sinnstiftende Tätigkeit. Dennoch ist der Fachkräftemangel gerade in diesem Bereich der sozialen Arbeit besonders ausgeprägt. Was muss getan werden, damit die Pflege älterer Menschen auch künftig bedarfsgerecht ist? **UNSERE FORDERUNGEN IM EINZELNEN:**

Wer soll das bezahlen? – Qualifizierte und professionelle Pflege muss für die Angehörigen und Pflegebedürftigen tragbar sein

In der derzeitigen Pflegefinanzierungssystematik belastet jede Veränderung (Tarifsteigerungen, Mehrpersonal, Digitalisierung) die Eigenanteile der pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörige sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich. Die bisherigen Reformen haben nur marginale Verbesserungen bewirkt. Um die Pflege auch in Zukunft qualitätsgerecht, professionell und auskömmlich zu gewährleisten brauchen wir endlich eine echte Reformierung unserer Pflegefinanzierung durch die Pflegeversicherung.

Wir fordern, dass sich das Land für eine Pflegevollversicherung einsetzt, welche die Eigenanteile auf einen Festbetrag begrenzt, ohne dabei die Leistungen zu kürzen – und das sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich.

Erfüllende Arbeit – Der Pflegeberuf muss endlich attraktiver werden.

Bis 2030 fehlen laut der Zeitung „Die Zeit“ allein im Land Brandenburg rund 10.000 Pflegekräfte. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Die Pflegeberufe müssen attraktiver werden, etwa durch die Angleichung der Gehälter in der Gesundheits- und Krankenpflege und Altenhilfe im gesamten Bundesgebiet. Der derzeitige Lohnunterschied zwischen den neuen und alten Bundesländern ist nicht mehr zeitgemäß. Zudem braucht es eine Steigerung der Attraktivität des Berufes durch verbesserte Arbeitsbedingungen, verlässliche Dienstplanung, Professionalisierung und Digitalisierung. Eine Eindämmung der Leiharbeit ist unabdingbar, um dem Ungleichgewicht zwischen Leiharbeitsfirmen und Pflegeeinrichtungen auf dem Fachkräftemarkt entgegenzuwirken. Die Personalbemessung nach §113c SGB XI muss umgesetzt werden, etwa durch Lenkungs-gremien auf Bundes- und Landesebene.

Wir fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die Eindämmung der Leiharbeit einzusetzen und die Einrichtungen der Langzeitpflege bei Maßnahmen zur Erstellung von betrieblichen Ausfallkonzepten, besseren Arbeitsbedingungen und Digitalisierung durch Förderprogramme und partizipative Arbeitsgruppen zu unterstützen.

Mehr als ein Seniorenheim – Stärkung der ambulanten, häuslichen und teilstationären Versorgung von pflegebedürftigen Menschen

Die Sicherstellung der gesundheitlichen, medizinischen und pflegerischen Versorgung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels im Flächenland Brandenburg erfordert innovative Möglichkeiten der Versorgung und Reaktivierung von Altbekanntem. Ein Ansatz wäre der flächendeckende Ausbau und die Förderung der „Gemeindeschwestern“ bzw. „Community health nurses“. Im Rahmen eines gelungenen Quartiersmanagements nehmen beide Programme eine wichtige Rolle in der primären Gesundheitsversorgung von chronisch erkrankten und pflegebedürftigen Menschen ein und können dabei eine Ergänzung und Unterstützung zur hausärztlichen Versorgung und ambulanten Pflege sein. Ein Aufbrechen der starren Ver-



sorgungsstrukturen und die bessere Einbindung der ambulanten Pflegedienste und Sozialstationen ist die Voraussetzung für einen Erfolg. Unabdingbar ist in diesem Zusammenhang die teilstationäre Versorgung durch Tagespflegeeinrichtungen. Älteren pflegebedürftigen Menschen bieten sie eine Möglichkeit, ihren Tag in Gesellschaft zu verbringen und ihre Selbstständigkeit zu erhalten. Die Angehörigen werden dadurch unterstützt und entlastet.

Wir fordern, das Programm der Gemeindeschwester flächendeckend auszubauen und die ambulante Versorgung zu unterstützen. Die Tagespflege muss durch eine bessere Finanzierung gestärkt, der Ausbau von Fahrdiensten zur Sicherung der Erreichbarkeit und die Partizipation von ambulanten Pflegediensten und Tagespflegern bei der Versorgung der pflegebedürftigen Menschen verbessert werden.

Wir müssen reden – Regionale und kommunale Pflegenetzwerke müssen landesweit ausgebaut und der Pakt für Pflege verstetigt werden.

Zur Sicherung der Versorgungsstrukturen müssen Pflegenetzwerke zwischen den an der pflegerischen Versorgung beteiligten Akteuren im Landkreis und der Kommune landesweit ausgebaut werden. Höchste Priorität hat dabei die Sicherstellung einer bedarfsgerechten pflegerischen Versorgung. „Blinde Flecken“ in der Versorgungslandschaft, Versorgungsengpässe und Versorgungsbedarfe müssen identifiziert und gemeinsame Lösungen erarbeitet werden. Nur so können die Herausforderungen des demographischen Wandels vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in der Pflege und den steigenden Bedarfen gelöst werden. Zudem hat der Pakt für Pflege zahlreiche wichtige Projekte zur Versorgung der älteren und pflegebedürftigen Menschen im Land Brandenburg hervorgebracht. Im nächsten Schritt heißt es nun, diese Projekte zu verstetigen.

Wir fordern die Landesregierung auf, den Pakt für Pflege in das Landespflegegesetz zu überführen und die bis dahin entstandenen Projekte weiterzuführen, neue Projekte zu fördern und den Ausbau von Pflegenetzwerken dadurch zu beschleunigen.

Gemeinsam sind wir stark – Neue Wohnformen wie Senioren-Wohngemeinschaften oder Pflegedörfer stärker fördern

Um die Versorgungsbedarfe in Zukunft sicherzustellen, bedarf es angepasste und am Bedarf orientierte Versorgungsformen und -konzepte. Ein gelungenes Quartiersmanagement ist die Basis, das Aufweichen von bestehenden starren Strukturen ist eine wesentliche Voraussetzung. Zusätzlich muss der Ausbau von ambulanten Wohngemeinschaften fokussiert und als alternative Versorgungsform zu der ambulanten und vollstationären Pflege ausgebaut werden.

Wir fordern die Landesregierung auf, die Grundlage für Gesamtversorgungsverträge und innovative Konzepte zu schaffen und durch entsprechende Finanzierungsmodelle und Bezuschussungen den Aufbau von alternativen Versorgungskonzepten zu unterstützen.

